Hinweise zur Erteilung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen bei öffentlich geförderter Beschäftigung (Kommunal-Kombi)

1. Ausgangslage

Der Landesbeirat zur Umsetzung des SGB II im Freistaat Sachsen hat bereits im Februar 2005 beschlossen, keine Verdrängung regulärer Arbeitsplätze durch öffentlich geförderte Beschäftigung zuzulassen. Deshalb müssen für Arbeitsgelegenheiten (Mehraufwandsvariante) und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sogenannten Unbedenklichkeitsbescheinigungen von den Vertretern der Wirtschaft beziehungsweise anderer sachkundiger Stellen vorliegen.

Für das Bundesprogramm Kommunal-Kombi hat der Landesbeirat zur Umsetzung des SGB II im Freistaat Sachsen einvernehmlich vereinbart, das Verfahren der Unbedenklichkeitsbescheinigungen bei der Einrichtung von Arbeitsplätzen anzuwenden. Dieses ist auch im Beschluss des Sächsischen Kabinetts zur ergänzenden Förderung vom 19. Februar 2008 festgelegt.

2. Verfahren bei Anträgen im Rahmen des Bundesprogramms Kommunal-Kombi

In der Rahmenvereinbarung zwischen dem Bundesverwaltungsamt und dem Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit zur Umsetzung des Bundesprogramms Kommunal-Kombi ist die Vorlage der Unbedenklichkeitsbescheinigung als zwingende Voraussetzung einer Förderzusage für die Landesmittel vorgesehen. Dies gilt nicht für die Bundes-/EU-Mittel.

Sollte keine ergänzende Finanzierung des Freistaates Sachsen in Anspruch genommen werden, werden Unbedenklichkeitsbescheinigungen bei der Beurteilung von öffentlichem Interesse, Zusätzlichkeit und Verdrängungsgefahr durch das Bundesverwaltungsamt miteinbezogen.

Für die Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung ist die Stelle zuständig, die von den Tätigkeiten in der Arbeitsplatzbeschreibung/Stellenbeschreibung (Antragsformular des Bundesverwaltungsamtes) fachlich betroffen ist. Bei sogenannten „Misch Tätigkeiten“ können mehrere Stellen zuständig sein.

Die für die einzelnen Regionen zuständigen Stellen zur Bescheinigung der Unbedenklichkeit sind in der Übersicht (siehe Anlage 3) dargestellt. Das Formblatt „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ ist zu verwenden (Anlage 4).

Sieht sich im Einzelfall keine der dort aufgeführten Stellen zuständig, werden die Antragsteller gebeten, sich unverzüglich an das Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (Anschrift siehe unten) zu wenden. Nach Rücksprache mit je einem Vertreter der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite in der Clearingstelle für öffentlich geförderte Beschäftigung entscheidet das Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit über die Erteilung der Unbedenklichkeitsbescheinigung.

Gegenstand der Unbedenklichkeitsbescheinigung ist die Feststellung, dass durch die Schaffung beziehungsweise Förderung des Arbeitsplatzes voraussichtlich keine Verdrängung von bestehenden sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen oder von Auftragspotenzial eintreten wird; auch die Einrichtung ungeförderter Stellen darf nicht beeinträchtigt werden.

Diese Feststellung berührt in der Regel auch Fragen der Bewertung des öffentlichen Interesses und der Zusätzlichkeit im Sinne der §§ 261 und 270a des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. April 2008 (BGBl. I S. 681) geändert worden ist. Die Prüfung dieser Kriterien obliegt jedoch allein dem Bundesverwaltungsamt als Bewilligungsstelle (Ziffer 5.2 in Verbindung mit Ziffer 8.3 der Bundesrichtlinien Kommunal-Kombi).

Die Unbedenklichkeit, das öffentliche Interesse und die Zusätzlichkeit sind grundsätzlich durch den jeweiligen Antragsteller selbst nachzuweisen. Die Landkreise und kreisfreien Städte, die im Auftrag des Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit die Erklärung des Einvernehmens zum Finanzierungsplan abgeben sollen, werden gebeten darauf zu achten, dass neben der Unbedenklichkeit auch das öffentliche Interesse und die Zusätzlichkeit gegeben sind.

3. Alternativ: Nutzung einer bisher praktizierten Unbedenklichkeitsfeststellung

Naturgemäß haben sich im Laufe der Zeit in den Regionen auch andere Verfahren für die Erteilung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen herausgebildet (unter anderem Positivlisten, Förderkonsens). Soweit sie dem unter Nummer 2 beschriebenen Verfahren vergleichbar sind und von den Vertretern der Wirtschaft vor Ort akzeptiert werden, können sie auch für das Bundesprogramm Kommunal-Kombi alternativ angewandt werden.

Insofern können auch Beiräte bei den Arbeitsgemeinschaften (ARGen) oder optierenden Kommunen, in denen alle relevanten Arbeitsmarktpartner vertreten sind, Unbedenklichkeitsbescheinigungen erteilen, sofern dies bisher im Konsens so praktiziert wurde.

4. Entscheidungen in Zweifelsfällen

Sofern bei den am Verfahren Beteiligten unterschiedliche Auffassungen zur Beeinträchtigung der Wirtschaft als Folge der Förderung bestehen, kann zur Klärung dieser Fragen die von der Staatsregierung eingerichtete Clearingstelle im Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit angerufen werden.

Anschrift:

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit
Referat 22, Arbeitsmarkt, Arbeits- und Tarifrecht
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 8220
rainer.lubk@smwa.sachsen.de